

Die Fragwürdigkeit des geheimdienstlichen Handelns

Der NSU-Untersuchungsausschuss (Rechtsterror und Behördenhandeln) des Thüringer Landtags hat im September insgesamt vier Zeugen gehört.

Zwar war die ursprüngliche Zeugenliste deutlich länger, doch meldete sich ein Zeuge krank, ein weiterer war zeitgleich zum Untersuchungsausschuss nach Sachsen geladen und zwei Polizisten aus Bayern, die eigentlich zu angeblichen Informationen zum NSU bereits im Jahr 2007 vernommen werden sollten, wurden ausgelassen, weil gegen einen von beiden wegen eben diesen Behauptungen ein Ermittlungsverfahren der bayerischen Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde.

So standen am 5. September lediglich der langjährige Verfassungsschützer W. und der ehemalige Kriminalbeamte K. dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zum Hergang der Fahndungsmaßnahmen nach den drei damals noch als Bombenbastler gesuchten Jenaer Neonazis.

K. hatte im Jahr 2002 nach seiner Versetzung in die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes (LKA) die gesamte Akte auf den Tisch erhalten, um, wie er darlegte, neue Ermittlungsansätze zu finden, beziehungsweise zu prüfen, inwieweit alte Ermittlungsstränge nicht konsequent zu Ende gebracht wurden.

Dabei scheint er nicht unbedingt auf viel Interesse in der eigenen Behörde oder bei der Staatsanwaltschaft in Gera gestoßen zu sein. Zumindest wurde nie mit ihm Rückspra-

che zu seinen Berichten gehalten. Ein ungewöhnliches Verhalten, wie er selbst bestätigte. Es drängt sich der Verdacht auf, hier war bei den Ermittlungsbehörden kaum noch der Wille vorhanden, weitere umfassende Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen zu starten. Vielmehr scheint man eher darauf gewartet zu haben, die Akte mit Eintritt der Verjährung schließen zu können. Dem wird in weiteren Vernehmungen von Polizeibeamten und Staatsanwälten nachgegangen werden müssen.

Zu Merkwürdigkeiten und offenkundigen Brüchen in den Ermittlungsakten konnte auch K. nicht zur Aufklärung beitragen. Mit den Asserva-

zeigte sich wieder einmal die Fragwürdigkeit des geheimdienstlichen Handelns. Zum einen hätte eine weibliche Quelle auch von einer Frau geführt werden müssen, oder zumindest in Doppelführung, zum anderen wurde deutlich, dass „Jule“, die sich selbst als nicht rechts politisch aktiv bezeichnete, von W. gedrängt wurde, politische Aktivitäten in der rechten Szene zu entfalten, um darüber berichten zu können.

Wieso er als V-Mannführer so zentral in die Operation eingebunden war, ist immer noch unklar. Es scheint jedoch eine Gruppenbildung im Amt gegeben zu haben, deren eine aus ihm, seinem Referatsleiter Sch. und dem Vizepräsidenten Nocken bestand und offenbar die Fäden der Operation zum Teil auch gegen Kollegen im Verfassungsschutz, wie dem Auswerter E. in der Hand hielt.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch Widersprüche zwischen seinen öffentlichen Aussagen, er habe nie mit Telefonüberwachungsmaßnahmen in Bezug zum Trio zu tun gehabt, und den Ergebnissen der geheimen Befragung. Am 9. September wurden diese Fragen auch mit dem ehemaligen Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV), Peter Nocken, erörtert, der sich ahnungslos gab. Nocken blieb auch bei der vor dem Untersuchungsausschuss des Bundes geäußerten Behauptung, das Landesamt habe aufgrund einer Parallelzuständigkeit eigenständig nach den Dreien gesucht. Auf die Frage, warum dann nicht auch nach dem sogenannten Satansmörder Möbus oder anderen gewalttätigen Neonazis so intensiv gesucht wurde, erklärte er, die Zugänge seien wegen Brandt so gut gewesen.

(Fortsetzung übernächste Seite)



Martina Renner in den Bundestag

„Thüringer NSU-Ausschuss vertieft profiliertes Mitglied - die Linke-Abgeordnete Martina Renner wechselt in den Bundestag nach Berlin“, überschrieb die „Thüringer Allgemeine“ ihren Beitrag am 27. September. Fraktionsübergreifend wird der Abgeordnete, die auch stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von „Rechtsterror und Behördenhandeln“ ist, ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Sie habe „wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Arbeit des Ausschusses“, sagte der Grüne Abgeordnete Dirk Adams. Auch der CDU-Vertreter, Jörg Kellner, räumte Anerkennung ein, und die SPD-Politikerin Dorothea Marx bedauerte das Ausscheiden. Sie habe die Ausschussarbeit maßgeblich mitbestimmt, wird Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow - im Foto zusammen mit Martina Renner kürzlich beim Bürgerfest im Landtag - zitiert. „Jedoch werden Katharina König und Dieter Hausold die Lücke nahtlos schließen.“ Bodo Ramelow verweist aber auch darauf, dass Martina Renner seine Stellvertreterin ist und sie ein gutes Team waren. ■



ten beispielsweise hat er sich nach eigenem Bekunden gar nicht beschäftigt.

Der Zeuge W. spielte offenbar eine herausragende Rolle bei den Maßnahmen des Verfassungsschutzes, die dieser im Rahmen der Suche nach Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe einleitete. Als V-Mannführer führte er zeitweilig alle Quellen, von denen man sich Informationen zu den Untergetauchten erwartete. Neben den Bekannten Brandt und Degner waren dies noch die Gewährspersonen Tristan und Alex, sowie Jule, die damalige Freundin des jetzt in München angeklagten Ralf Wohlleben. Insbesondere in Bezug auf Letztere

FRAKTION IN AKTION

Hochschulen

Nachdem jetzt bekannt wurde, dass an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mindestens 125 Vollzeitstellen gestrichen werden sollen, sagte MdL Susanne Hennig: „Erneut erweist sich, dass die Thüringer Hochschulen trotz bestehender Verträge an die Substanz gehen müssen. Das ist angesichts der gleichbleibenden Nachfrage nach Studienplätzen eine fatale Entwicklung.“ Die Finanzausstattung unterminierte die Handlungsfähigkeit der Hochschulen, gehe zudem auch mit einer massiven Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen einher. Die Absicherung der Lehre erfolge vor allem durch studentische Hilfskräfte. Hinzu kämen auch schlichtweg logistische Kapazitätsgrenzen wie bei Seminar- und Laborräumen oder der Ausstattung mit Geräten. ■

Integration

Während der Bundesrat am 20. September beschlossen hatte, sich auch künftig für die Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einzusetzen, lehnte der Landtag in Thüringen jetzt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab, in dem diese gefordert hatten, dass die Landesregierung sich für die Fortführung des Programms zur Unterstützung insbesondere asylsuchender Jugendlicher und junger Erwachsener bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stark machen sollte. „Das ist ein Armutszeugnis für die Thüringer Politik“, sagte MdL Sabine Berninger, und kritisierte, dass damit das erfolgreich arbeitende Beratungsnetzwerk am Jahresende vor dem Aus steht. ■

Fraktionsraum heißt Käte-Duncker-Saal

Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung „Ehrung für Käte Duncker“ findet am Dienstag, den 15. Oktober, in der Zeit von 16 bis 18 Uhr, die Benennung des Sitzungssaals der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag statt. Dann heißt der Raum 201 im Fraktionsgebäude Käte-Duncker-Saal. Nach der Begrüßung der Gäste - Interessierte sind herzlich eingeladen - durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow wird Dr. Birgit Klauert, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags (DIE LINKE), einen historischen Rückblick geben. Anschließend gibt es eine szenische Lesung aus Briefen von Käte und Hermann Duncker.

Käte Duncker - Sozialistin, Pädagogin, Publizistin - wurde 1920 in den Thüringer Landtag gewählt und war eine der ersten Frauen im Thüringer



Parlament. Sie tritt sowohl für die berufliche und politische Besserstellung von Frauen als auch für den sozialen und kulturellen Fortschritt. Käte Duncker unterstützte zusammen mit Clara Zetkin 1910 auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen den Beschluss zum Interna-

tionalen Frauentag. Sie schrieb in der sozialistischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“ und trat bei zahlreichen Frauenkonferenzen als Rednerin auf. Trotz Repressionen ließ sie sich nicht von ihren politischen Vorstellungen und Überzeugungen abbringen. ■